

Betreff:

**PM- Demonstration zu Hochschulgesetz-Plänen der Landesregierung: Fachkräftemangel sozial angehen!**

Sehr geehrte Medienschaffende,

Bereits seit Mai ist bekannt, dass die Landesregierung eine Novellierung des NRW-Hochschulgesetzes plant, die dazu beitragen soll, den Fachkräftemangel zu reduzieren.

Nun haben sich Studierende der Kölner Hochschulen zu den Plänen positioniert und rufen für kommenden Donnerstag zu einer Demonstration auf, zu der u.a. von den ASten der Universität zu Köln, der Technischen Hochschule Köln sowie der Deutschen Sporthochschule Köln aufgerufen wird:

### **Demonstration zur Hochschulgesetz Novelle**

**Donnerstag, 19.10.**

Start: 11:30 Uhr Albertus-Magnus-Platz

Abschlusskundgebung: 13:00 Uhr Campus Südstadt TH-Köln

Luca-Marie Heinrich aus dem Vorstand des AStA der Uni Köln erläutert die Situation an den Hochschulen: "Die Pläne der Landesregierung sind vor dem Hintergrund zu betrachten, dass die Studierendenzahlen in den letzten Jahren massiv rückläufig sind. Das ist kein Wunder: Die finanzielle Lage der Studierenden war noch nie gut und hat sich in den letzten Jahren weiter verschlechtert. Durch die Inflation, die beim BAföG nicht ausgeglichen wurde, wird dies nochmals beschleunigt. Nur 15% der Studierenden - so wenig wie noch nie - erhalten überhaupt BAföG, obwohl 1/3 der Studierenden armutsgefährdet sind. Parallel in Studiengängen, die für ein Teilzeitstudium nicht ausgelegt sind, zu arbeiten, steigert Leistungsdruck und Vereinzelung an den Hochschulen zusätzlich. Laut Studie der TK sind '37 Prozent der Studierenden stark emotional erschöpft'."

Svenja Wilden, Physik-Promovierende und aktiv in der GEW, ergänzt: "Nicht viel besser sieht die Situation bei den Mitarbeiter\*innen der Hochschulen aus: Hilfskräfte haben keinen Tarifvertrag, studentische Hilfskräfte noch nicht einmal eine Personalvertretung. Sie arbeiten fast überall für Mindestlohn oder wenige Cents mehr. Doch auch die übrigen Mitarbeiter\*innen leiden fast alle unter Kettenbefristungen, Arbeitsverdichtung und durch mangelnder Kontinuität und Outsourcing, aufreibenden Arbeitszusammenhängen."

"Die Pläne der Landesregierung gehen diese Probleme nicht an. Stattdessen entsteht der Eindruck, dass die fehlenden Studierenden dadurch ersetzt werden sollen, dass die Hochschule neue Angebote zur Nachqualifizierung von Berufstätigen anbieten sollen. Grundsätzlich befürworten wir, wenn die Hochschulen sich in die Weiterbildung einbringen; prinzipiell kann dies auch zu einer sozialen Öffnung der Hochschulen beitragen. Allerdings: So wie die Landesregierung das angeht, ist mit einer neuen Welle neoliberaler Zerstörung an den Hochschulen zu rechnen. Die bereits bestehenden Weiterbildungsstudiengänge zeigen, wohin die Reise gehen soll: Für den 'Cologne-Rotterdam Executive MBA' an der Uni zu Köln fallen 59.500 Euro Studiengebühren an. Dies führt dazu, dass nur Mitarbeiter\*innen von Großunternehmen, die dies von ihrem Arbeitgeber bezahlt bekommen, solche Angebote wahrnehmen können. Das ist nicht nur sozial selektiv, es führt auch nicht dazu, dass der Kleinbetrieb von nebenan fit für die Energiewende wird. Gleichzeitig werden die Hochschulen finanziell von diesen Großkonzernen abhängig, die nicht nur im Rahmen sog. Unternehmensprogramme direkten Durchgriff auf die Inhalte von Lehre und Forschung bekommen. Das ist das Gegenteil von Allgemeinwohl-Orientierung." ordnet Jasmin Yildirim, Referentin für Fachschaften und kritische Wissenschaft des Universität-AStAs die Pläne der Landesregierung ein.

Timo Giebel vom AStA der TH Köln weist darauf hin, „dass eine nachhaltige Entwicklung nur friedlich und demokratisch gelingen kann. Unerlässlich für die Verbesserung des planetaren Zustandes und der menschlichen Lebensbedingungen, bis hin zur gerechten und humanen Lösung aktueller und zukünftiger Konflikte, ist eine zivile und am Gemeinwohl ausgerichtete Wissenschaft. Insbesondere aber auch mit Blick auf die gegenwärtig erschreckend hohe Bereitschaft zur gewaltsamen und undemokratischen Lösung von Krisen und Konflikten und dem hierbei expandierenden Militärisch-Industriellen-Komplex müssen die Hochschulen Laboratorien eines friedlichen gesellschaftlichen Fortschritts sein. Hierzu brauchen wir die Zivilklausel zurück ins Hochschulgesetz und eine darauf basierende hinreichende und zuverlässige Finanzierung der Hochschulen durch das Land-NRW.“

"Sollen die Hochschulen zur Lösung der aktuellen gesellschaftlichen Krisen beitragen, müssen sie in der Lage sein, sich der Kontrolle großer Unternehmen zu entziehen und dafür finanziell unabhängig sein sowie die Sustainable Development Goals schrittweise in der Lehre verankern. Sie müssen zudem für alle, unabhängig vom eigenen Geldbeutel und der sozialen Herkunft, zugänglich sein." resümiert Rio Grumbrecht, Politikreferent des AStA der Deutschen Sporthochschule Köln, worum es bei der Demo am kommenden Donnerstag geht.

Eine umfassende Positionierung zur geplanten Hochschulgesetz-Novelle, die von den ASten der Universität zu Köln und der Technischen Hochschule Köln sowie einer Aktionskonferenz am 2.10. beschlossen wurde, finden Sie im Anhang.

--

Mit freundlichen Grüßen

Maximilian Zinsmayer

Öffentlichkeitsreferent

**AStA**   
**Universität zu Köln**

AStA der Universität zu Köln  
Universitätsstraße 16  
50937 Köln

E-Mail: [m.zinsmayer@asta.uni-koeln.de](mailto:m.zinsmayer@asta.uni-koeln.de)

Mobil: +49 1575 6890 790

Internet: [asta.uni-koeln.de](http://asta.uni-koeln.de)

Facebook: [facebook.com/ASTAUzK](https://www.facebook.com/ASTAUzK)

Instagram: <https://www.instagram.com/astauzk/>